

## Antrag

# A3NEU3.2 BDKJ gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller\*in: KjG  
Status: Modifiziert

### Antragstext

#### 1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass  
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den  
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen  
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische  
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte  
7 Akteur\*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig  
8 feindlich gegenüber Muslim\*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische  
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist  
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und  
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt  
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter  
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung  
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am  
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte  
17 Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im  
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, Personen und  
21 Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem  
22 rechte und populistische Ideologien.

#### 23 Positionierung

24 Als christliche Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte  
25 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige  
26 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen  
27 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

28 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in  
29 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar  
30 gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung  
31 der Menschenrechte weltweit.

32 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,  
33 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns

34 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese  
35 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir  
36 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen  
37 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die  
38 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

39 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022  
40 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

#### 41 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

##### 42 • **Position beziehen**

43 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen  
44 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit  
45 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und  
46 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige  
47 Abgrenzung von rechten Akteur\*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**  
48 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die  
49 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

##### 50 • **Bildungsarbeit**

51 Die BDKJ Bundesebene gestaltet ein Bildungsangebot für die Jugend- und  
52 Mitgliedsverbände mit der Zielrichtung der praktischen Umsetzung dieser  
53 antifaschistischen Grundhaltung.

##### 54 • **Vernetzung**

55 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und Mitgliedverbänden weiter  
56 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei  
57 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der  
58 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit  
59 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine  
60 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir  
61 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die  
62 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

##### 63 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

64 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik  
65 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht  
66 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische  
67 Jugendverbandler\*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei  
68 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen  
69 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden  
70 unvereinbar.

#### 71 **Forderungen an die Politik**

72 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen  
73 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

##### 74 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

75 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche  
76 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln

77 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften  
78 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre  
79 Feind\*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich  
80 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien  
81 und Stiftungen zu begrenzen und einzustellen. Deshalb begrüßen wir das  
82 entsprechende Gesetz, das die Förderung von politischen Stiftungen an die  
83 Verfassungstreue knüpft.

84 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

85 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass  
86 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller  
87 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum  
88 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es  
89 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist\*innen. Wir  
90 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und  
91 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen  
92 und Vorfälle.

93 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

94 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter  
95 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche  
96 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,  
97 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie  
98 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir  
99 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,  
100 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört  
101 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

102 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**

103 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur  
104 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären  
105 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete  
106 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf  
107 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der  
108 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und  
109 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter  
110 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.

111 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**

112 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in  
113 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um  
114 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant\*innen oder Angriffe auf  
115 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv  
116 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen  
117 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

118 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist\*innen**

119 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,  
120 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich  
121 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch

122 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische  
123 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende  
124 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist\*innen und  
125 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,  
126 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu  
127 schützen.

## 128 **Forderungen an die katholische Kirche**

129 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

### 130 • **Reform und Aufarbeitung**

131 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende  
132 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und  
133 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,  
134 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der  
135 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.  
136 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der  
137 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

### 138 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

139 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss  
140 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir  
141 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen  
142 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu  
143 beziehen.

### 144 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen involviert sind**

145 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist\*innen Demonstrationen und  
146 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig  
147 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,  
148 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den  
149 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und  
150 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen  
151 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator\*innen teilnehmen  
152 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht  
153 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.  
154

### 155 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ\*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

156 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft  
157 und gegen liberale Christ\*innen bilden fundamentalistische Christ\*innen  
158 und Akteur\*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige  
159 Akteur\*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den  
160 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit  
161 fundamentalistischen Christ\*innen an sich, klar zu benennen, sich von den  
162 beteiligten Akteur\*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den  
163 kirchlichen Strukturen auszuschließen.  
164

165 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei

166 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir  
167 sind antifaschistisch.

168 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-  
169 Hauptversammlungen 2016 und 2020

## **Begründung**

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.